

## Klausurenkurs HS BUND

### Staatsrecht

Ausgabe des Sachverhalts: 5. Januar 2023

Besprechung: 12. Januar 2023, 16.30 Uhr (in **Raum E 18** und online via BBB, Einwahl über Ilias „Klausurenkurs“)

### Sachverhalt

Die Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021 ergaben die folgende Verteilung der insgesamt 736 Sitze:

SPD	206
CDU/CSU	197
Grüne	118
FDP	92
AfD	83
LINKE	39
SSW	1

Im Anschluss an die Bundeswahl fanden erste Sondierungen zwischen SPD, Grünen und FDP zur Bildung einer Ampelkoalition statt. Zentrale Bedingung der Grünen war bereits in diesen Gesprächen die Schaffung eines Wirtschafts- und Klimaschutzministeriums als mächtiges Gegengewicht zum Kanzler. Die folgenden Koalitionsverhandlungen führten schließlich zu einem Koalitionsvertrag vom 7. Dezember 2021 zwischen SPD, Grünen und FDP.

Dieser Koalitionsvertrag enthielt unter anderem die Regelung, dass der Bundesvorsitzende der Grünen Robert Habeck Wirtschafts- und Klimaschutzminister werden solle.

Am 8. Dezember 2021 wurde Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt. Noch am selben Tag schlug der Bundeskanzler dem Bundespräsidenten entgegen der getroffenen Vereinbarung Christian Lindner (FDP) als Minister für Finanzen und Wirtschaft und Steffi Lemke (Grüne) als Ministerin für Umwelt- und Klimaschutz vor. Der designierte Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck wurde lediglich als Minister für Verbraucherschutz und -insolvenz vorgeschlagen.

Bundespräsident Steinmeier lehnte die Ernennung von Lindner und von Lemke ab. Die Koalitionsvereinbarung, Robert Habeck als Wirtschafts- und Klimaschutzminister vorzuschlagen, sei die entscheidende Bedingung des Koalitionspartners Grüne gewesen. Nur

unter dieser Bedingung habe er den damaligen Kanzlerkandidaten Scholz zur Wahl durch den Bundestag vorgeschlagen.

Der Kanzler ist dagegen der Auffassung, der Bundespräsident sei verpflichtet, die von ihm als Bundeskanzler vorgeschlagenen Minister zu ernennen. Einige Tage später beantragt er beim BVerfG festzustellen, dass der Bundespräsident durch die Nichternennung der von ihm vorgeschlagenen Minister gegen das Grundgesetz verstoßen habe.

Wie wird das BVerfG entscheiden?